

FORSTWIRTSCHAFT

Verkauf der Seelenheimat

Der Naturschutzverband Nabu will den deutschen Wald privatisieren: In Form von Aktien soll der Staatsforst unters Volk gebracht werden.

Wilhelm Bode bewegt seinen massigen 1,90-Meter-Körper erstaunlich behende durch den dichten Bewuchs. „Vor allem die Politik muss man raushalten“, knurrt er durch die Zähne, zwischen die er eine längst erloschene Pfeife geklemmt hat. „Dann wird es irgendwann auch im Staatsforst so aussehen wie hier.“



Deutscher Mischwald: Ökologisch korrekter Goldesel

Vor ihm an einem Hang stehen, unter dem Schirm einiger hoher Fichten, Weißtännchen, Ahornbäume, zarte Buchen, und weiß leuchtet in der Frühlingssonne überall dazwischen die Kirschblüte. „Ist das nicht ein Traum? So was finden Sie im Staatswald selten!“

Was Bode so bewundert, ist ein Privatwald im Westerwald. Der Besitzer, Hermann Graf Hatzfeldt, hat in den neunziger Jahren seinen Forst komplett umgestellt: auf naturgemäßen Waldbau, das Gegenkonzept zu den öden Monokulturen schnell wachsender Fichten. Hier darf wachsen, was immer gedeiht.

„So konsequent müsste das auch auf den mehr als drei Millionen Hektar deutschen Staatswalds umgesetzt werden“, sagt der saarländische Forstexperte Bode, 62. Im Auftrag des nordrhein-westfälischen Naturschutzbundes (Nabu) hat er jetzt einen Plan entwickelt, wie das gehen könnte.

Es ist ein kühner Plan.

Wenn Wilhelm Bode seinen Willen bekommt, wird der deutsche Staatswald komplett vertickt. Er wird dann nicht mehr allen Steuerzahlern gehören, sondern den Bürgern, die in ihn investieren. Sie können Aktien kaufen – ein Stück Forst für jedermann.

In Nordrhein-Westfalen soll es losgehen mit der neuen Bürgerwald-AG. Am Montag dieser Woche stellt Bode das brennende Konzept in Düsseldorf vor. Der Zeitpunkt ist mit Bedacht gewählt: Der Nabu will, dass der Staatswald Thema wird bei den Koalitionsverhandlungen. Bode möchte, dass alle hingucken, wenn er dem Wald, Seelenheimat der Deutschen, eine neue Zukunft verheißt.

NRW eignet sich gut für Bodes Pläne, da der Staatswald mit seinen nur knapp 120 000 Hektar eine überschaubare Größe für das Freiluftexperiment des gebürtigen Westfalen hat. Und die Chancen für eine Privatisierung stehen zurzeit nicht

Johannes Remmel dagegen, Schulzes Pendant bei den Grünen, hält nicht viel von dem Konzept: „Wir wollen keinen öffentlichen Wald verkaufen. Das ist ein Schuss in den Ofen.“ Bei der FDP gibt es mehr Sympathien für eine Privatisierung, in der CDU ist die Staatsforstlobby stärker vertreten. Doch beide Parteien müssen sich nach dem Wahldesaster umweltpolitisch erst neu sortieren.

Warum aber sollten die Bürger etwas kaufen, was ihnen schon gehört? Weil ein privatisierter Forst, so das Versprechen, endlich Geld verdient mit den üppigen Vorräten an Buchen-, Fichten- und Eichenholz, das in den Staatsforsten wuchert. Denn dann würde der Vorstand der neuen, schlanken Bürgerwald-Gesellschaft über die Geschicke der Bäume bestimmen – nicht mehr die Forstverwaltungen, die in vielen Bundesländern komplizierte, aufgeblähte und daher teure Beamtenapparate sind.

Die Zahlen sprechen dafür: Vor dem Orkan Kyrill verdienten die Privatwaldbesitzer mit Holzverkauf und Jagdverpachtung 65 Euro pro Hektar. In den Staatsforsten hingegen musste der Steuerzahler 33 Euro zubuttern. Selbst der Sturmholzverkauf nach dem Orkan brachte dem Staatswald nicht einmal die Hälfte dessen, was die Privaten einfuhren (siehe Grafik).

Zum einen beschäftigen die Privaten meist weniger Personal und bezahlen es schlechter. Zum anderen hat der Kostendruck sie früher als die trägen Landesforstverwaltungen gezwungen, das Prinzip des naturgemäßen Waldbaus einzuführen. Denn konsequent betriebenen, spart es viel Geld.

Dafür hat Forstwirt Bode das Bürgerwald-Konstrukt ersonnen: Es soll die Idee vom ökolo-

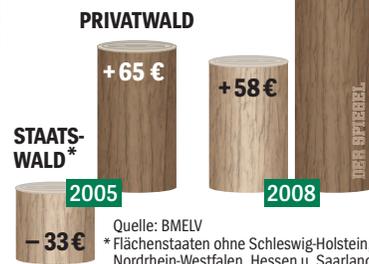
gisch korrekten Goldesel-Wald für immer und ewig auf möglichst großer Fläche zementieren. Darum will der Forstwirt den naturgemäßen Waldbau von Beginn an in der Satzung der neuen Forstfirma festschreiben: als Dreh- und Angelpunkt der ganzen Bürgerwald AG. Parallel dazu soll eine Stiftung gegründet werden, die 20 Prozent der Aktien sowie die wichtigsten Naturschutzflächen im Bürgerwald zugesprochen bekäme. Naturschutzverbände wie der Nabu gäben den Ton an – und verfügten über eine Sperrminorität.

Der Bürgerwald wäre immun gegen politischen Zugriff – ein Traum Bodes würde wahr. „Die Legislaturperioden sind zu kurz für den langsam wachsenden Wald“, sagt er und zündet sich zufrieden seine Pfeife wieder an.

RAFAELA VON BREDOW

Stamm-Kapital

Gewinn/Verlust aus Holz und forstlichen Nebenerzeugnissen, pro Hektar



schlecht. Angesichts der prekären Finanzlage der Landeshaushalte muss der Wert des Staatswalds – in Berechnungen des nordrhein-westfälischen Landesvermögens wird er mit einer Milliarde Euro beziffert – Begehrlichkeiten im Finanzministerium wecken. Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Niedersachsen haben mit dem Verkauf von Landesforst-Teilen in den vergangenen Jahren bereits begonnen.

„Inzwischen ist allen klargeworden, wie viel Geld man mit dem Wald verdienen kann“, sagt Svenja Schulze, umweltpolitische Sprecherin der nordrhein-westfälischen SPD, die das Stichwort „Bürgerwald“ bereits in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat. „Deswegen ist es gut, dass jetzt vom Nabu eine Debatte darüber angestoßen wird, wie man so etwas aus Sicht des Naturschutzes machen kann – und nicht nur aus monetärem Interesse.“